

Kreisdirektorin Heinze erläuterte das vom Arbeitskreis Sparen erarbeitete Konzept zur Haushaltskonsolidierung.

Anmerkung des Schriftführers: Die vollständige Konzeption ist dieser Niederschrift als nicht-öffentliche Anlage (**Anlage 3** der Niederschrift) beigelegt.

Abg. H. Becker nahm Bezug auf die genannten Einsparziele in den Bereichen Schule und Soziales, die die übrigen Bereiche der Höhe nach bei Weitem überstiegen, was damit zusammenhänge, dass die Verwaltung sich bei der Frage der Aufteilung des gesamten Sparziels auf die Fachbereiche am jeweiligen Anteil an freiwilligen Leistungen orientiert habe. Es stelle sich daher in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Einsparungen in erster Linie bei den freiwilligen Leistungen erfolgen sollten, oder ob beispielsweise auch an Standardabsenkungen bei Pflichtleistungen gedacht sei. Darüber hinaus interessiere ihn, ob aus den Sparvorschlägen der einzelnen Fachbereiche eine Prioritätenliste erstellt werde und ob diese gegebenenfalls mit der Politik rückgekoppelt werden solle.

Abg. Groeneveld bat vor dem Hintergrund des hohen Einsparziels im Bereich Soziales um Auskunft darüber, was die Verwaltung unter Standardabsenkungen verstehe.

Abg. Dr. Bieber verwies auf den mehrheitlichen Beschluss im Rahmen der Haushaltsberatungen, wonach die Sparkommission eben kein Gremium aus Verwaltung, Politik und externen Beratern sein solle, sondern es im Sinne kurzfristiger Entscheidungen der Verwaltung überlassen sei, die Sparkommission zu bilden um mit Leben zu füllen. Die Verwaltung habe nun die ersten Schritte getan und das weitere Verfahren dargelegt. Es stelle sich die Frage, ob nicht die kommenden Haushaltsberatungen genutzt werden sollten, die Sparvorschläge in der Politik zu diskutieren. Ein weiterer Punkt sei, dass die Transferaufwendungen bei den Sparüberlegungen nicht ausgeklammert werden dürften, weil sie über 60% des Aufwandsvolumens im Haushalt des Kreises ausmachten. Hier dürfe es keine Denkverbote geben, denn angesichts des dramatischen Defizits werde man sonst dem Einsparerfordernis nicht gerecht. Er unterstütze die Verwaltung ausdrücklich bei dem offenen Herangehen an das Thema. Ein zu früher Filter der Politik solle vermieden werden.

Kreisdirektorin Heinze verdeutlichte, die Bemessung an den freiwilligen Leistungen sei lediglich ein Schlüssel. Dies bedeute nicht, dass nur im Bereich der freiwilligen Leistungen gespart werden solle, die im Kreishaushalt derzeit noch gut 5 Mio. € ausmachten. Vielmehr sei der Auftrag an die Dezernate und Fachbereiche so zu verstehen, dass die Vorschläge alle Bereiche betreffen könnten, auch die Pflichtleistungen. Dies gelte insbesondere für die mittelfristige Vorgehensweise. Der Arbeitskreis Sparen sei ein vom Landrat eingesetztes Gremium, das ihm zuarbeite. Sie gehe davon aus, dass der Landrat selbstverständlich die Politik in geeigneter Form beteiligen werde. Unter der Überschrift Standardabsenkungen lasse sich eine Vielfalt von möglichen Maßnahmen auflisten, so zum Beispiel die Verkürzung von Bescheiden ohne Infragestellung der Rechtmäßigkeit, ein Überdenken der Anzahl und des Umfangs von Veranstaltungen, Ausstellungen und Broschüren oder die Art und Weise von Bewirtungen. Auch die Ausgestaltung des Bürgerservice, der in der Kreisverwaltung sehr groß geschrieben werde, dürfe keine Tabu sein. Standardabsenkung sei ein wichtiger Baustein, der insbesondere auch immer wieder von vielen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen an den Kreis herangetragen werde. Die gesamte Konzeption solle, da es sich um ein verwaltungsinternes Papier handle, als nicht-öffentliche Anlage der Niederschrift beigelegt werden.

Abg. H. Becker betonte, zwar sei es zweifellos richtig, mit Hinweis auf das hohe Defizit Sparanstrengungen auch beim Kreis selbst zu unternehmen, allerdings könne die Konsolidierung der kommunalen Haushalte wohl nicht allein durch eigene Maßnahmen erreicht werden. Vielmehr müsse auch über andere Mittel und Wege nachgedacht werden. Im Übrigen sei er ausgesprochen dafür, dass die Verwaltung alleine Vorschläge erarbeite, genauso sei er aber dafür, dass sie vor deren Umsetzung der Politik bekannt gegeben würden, um gegebenenfalls auch intervenieren zu können. Dies gelte jedenfalls für die größeren Positionen insbesondere im Schul- und Sozialbereich, weil letztlich auch die Politik die Maßnahmen mit verantworten und vertreten müsse.

Abg. Scharnhorst schloss sich der Bitte, die Politik im weiteren Verfahren zu beteiligen, an.

Abg. Dr. Kuhlmann bedankte sich bei der Kreisdirektorin für deren Bericht und stellte fest, dass Verwaltung und Politik angesichts der Defizits in 2011 in Höhe von 22 Mio. € und einem Einsparziel von 2,2 Mio. € eine Herkulesaufgabe vor sich hätten, bei der es keine Denkverbote geben dürfe. Er unterstütze die Forderung des Abg. H. Becker, die Politik möglichst früh und auch schon vor den Haushaltsberatungen einzubinden.

Kreisdirektorin Heinze machte nochmals auf die Unterscheidung zwischen der kurzfristigen Vorgehensweise, deren Ergebnisse in die Haushaltsberatungen einbezogen werden sollten, und der mittelfristigen Vorgehensweise, bei der in entsprechender Form auch die Politik eingebunden werde, aufmerksam.

Der Vorsitzende bedankte sich für die zahlreichen Wortmeldungen und bei Kreisdirektorin Heinze für ihre Berichterstattung im Finanzausschuss.